

STADT NAUMBURG (Saale)

Vorlagen-Nr.:	
Vorlagentyp:	
Einreicher:	DIE LINKE
Prüfung:	<input type="checkbox"/> Barrierefreiheit
	<input type="checkbox"/> Gleichstellung
Eingang am:	
Version	1

Teilnahme:	intern:	
	extern:	

TOP:	17
------	-----------

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
--	---

Beratungsfolge:

Gremium	Datum	TOP	Liste	Art*	Ergebnis
Hauptausschuss	06.11.2019	8	A	V	<i>weicherliche Annahme</i>
Gemeinderat	20.11.2019	17	A	B	

Art* I=Information V=Vorberatung A=Anhörung B=Beschlussfassung

Betreff:

Keine Nazi-Strukturen in Naumburg!

Beschlussvorschlag:

1. Der Naumburger Gemeinderat verurteilt alle offenen und verdeckten Versuche, rechtsextreme Strukturen und Verbindungen in der Stadt und ihrem Umfeld zu etablieren.
2. Die Mitglieder des Gemeinderates distanzieren sich in aller Form von jedweder Symbolik und Äußerungen, die unverkennbar – nahezu identisch – Bezüge zu verbotenen rechtsextremen Gruppen und ihren Ideologien herstellen und damit die menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ziele nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in ein positives Licht rücken sollen. Diese Absichten sprengen den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.
3. Der Gemeinderat erwartet von der Stadtverwaltung, Möglichkeiten zu nutzen, um diesen Versuchen entgegenzutreten und sie zu unterbinden.

Finanzielle Auswirkung:

- nein ja, in folg. Höhe:
- Deckungsvorschlag: Haushaltsplan
- über-/außerplanmäßig

Buchungsstelle:

Begründung:

Ausdrückliche oder mutmaßliche Symbolik, die bewusst an verbotene rechtsextreme Gruppierungen wie „Blood & Honour“ oder an die Gruppe „Combat 18“, die im Übrigen im Zusammenhang mit den Mordermittlungen im Fall des Regierungspräsidenten Lübcke (CDU) auftauchen, sind mit einer demokratischen und geschichtsbewussten Grundhaltung in der Naumburger Stadtgesellschaft unvereinbar.

Sie repräsentieren nicht nur eine Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, sie zielen auch in der heutigen Zeit auf menschenverachtende und demokratiefeindliche Ziele. Diese Strategien dienen der Absicht, strafrechtliche Relevanz zu umgehen und dennoch faschistisches Gedankengut in den Bereich der Normalität zu rücken.

Solche Äußerungen und Symbole schaden dem Image unserer Stadt und ihrer touristischen Entwicklung. Für eine gedeihliche Stadtpolitik sind sie deshalb nicht zu tolerieren.



Jan Thyen
Fraktionsvorsitzender